Die wachsende Allmacht des Staates : eine Konsequenz bösartiger politischer Doktrinen?

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-336474

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

In den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch, auf dieser unmenschlichen Flucht vor dem Vergasungsofen und vor dem Bombenregen, trifft Klemperer unter den Flüchtenden auch eine Berliner Arbeiterin mit ihren zwei kleinen Mädchen. Ihr Mann ist, als Kommunist, aus langer Haft in ein Strafbataillon gekommen. Sie selber hat ein Jahr gesessen. Als Klemperer fragt, warum man sie verhaftet habe, entgegnet sie mit lakonischer Einfachheit: «Na, wejen Ausdrücken ...» (Sie hatte den Führer und die Symbole des Dritten Reiches beleidigt.) Bei dieser Berliner Arbeiterfrau hatte LTI, die Sprache des Dritten Reiches, also nicht gewirkt. Sie ist ihrer eigenen Sprache treu geblieben und «wejen Ausdrücken» der Wahrheit ins Gefängnis gewandert.

*

Ist das Gift der LTI, der Sprache des Dritten Reiches, nicht zu einer Zeitkrankheit geworden, die wir in wichtigste Bezirke des Lebens eindringen sehen? Waren Hitler und Goebbels die monstruösen Bahnbrecher des Verbrechens am Wort, die jede, auch die zynischste Vergewaltigung an seinem Wahrheitsgehalt vorgenommen haben, die jedes Wort für jeden Zweck mißbrauchten, so ist seither, für jedermann sichtbar, in allen Gebieten des Lebens, aber vor allem im öffentlichen Leben, das Wort seines Wertes und seines Wahrheitsgehaltes immer mehr verlustig gegangen. Und wie ein schleichendes Gift sehen wir auch die nazistischen Methoden weiterwirken, für alles und jedes einen simplen, bequemen und ablenkenden Sündenbook bereit zu haben. Hüben und drüben spielt man mit diesem Sündenbock, bis vielleicht einmal die Hysterie des Nervenkrieges uns in die dritte und wohl letzte Weltkatastrophe hineinmanövriert hat. Haben wir vergessen, daß auch der «Nervenkrieg» in dieser Form eine Errungenschaft der LTI, der Sprache des Dritten Reiches, war? Müßte uns dies nicht warnen? Und alle die «Freiheitskämpfe», die unser Bürgertum heute liefert, um den sozialen Kurs abzustoppen und mit Hilfe des aktuellen Sündenbocks «Kommunismus» und «totalitärer Staat» einen Rechtskurs in unserem Land zu etablieren — fechten sie nicht mit Worten, die jeder gerade für das braucht und mißbraucht, was ihm nützt?

Die wachsende Allmacht des Staates — eine Konsequenz bösartiger politischer Doktrinen?

Die Klagen über das Anwachsen der Macht des Staatsapparates, über die steigende Bürokratisierung des Lebens sind heute die typische Beschwerde des liberalen Bürgers, der sein Ideal vom «Nachtwächter Staat» ins Unwiederbringliche versunken sieht, aber sich konsequent weigert, den wahren Gründen für sein Unbehagen nachzuspüren. Täte er das, so müßte er zugeben, daß es einfach Ursache mit Wirkung zu verwechseln bedeutet, wenn man das — an sich unleugbare — Anwachsen der Gewalt des Staatsapparates über den einzelnen Bürger in einem demokratischen Staatswesen als den Ausfluß irgendwelcher bewußter Absicht der Repräsentanten bestimmter politischer Ansichten bezeichnet. Den «Übermut der Ämter», den Hamlet in seinem berühmten Monolog be-

klagt, empfindet eine Menschheit, die das Grauen der Gestapohölle über sich ergehen lassen mußte, lange nicht mehr so intensiv als vorher, und was in Friedrich Adlers historischer Rede vor dem kk. Ausnahmegericht vor 33 Jahren ein gewichtiger, weil die Empörung der Massen aufrüttelnder Anklagepunkt gegen die halbabsolutistische Habsburgermonarchie war — nämlich daß die Behörden das Arbeiterheim in Falkenau in Böhmen zur Hissung einer schwarzgelben Flagge zu Kaisers Geburtstag gezwungen hatten —, würde heute, in einer völlig (und das nicht zum Besseren) veränderten Welt, kaum Widerspruch, ja auch nur Erwähnung finden. Aber der entscheidende Grund für die überhandnehmende Bürokratisierung des Alltags ist nicht der größere Grad von Abgestumpftheit auf seiten der Regierten gegenüber Übergriffen der Exekutive, sondern die wachsende Kompliziertheit des modernen Lebens, die Regelungen notwendig macht, von denen unseren Vorvätern nicht geträumt hat. Eine interessante Debatte um diesen Fragenkomplex gab es Mitte Mai im britischen Oberhaus, als der 85jährige Lord *Cecil* — in vergangenen Tagen eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der Genfer Völkerbundsatmosphäre — seine Motion begründete, wonach «die wachsende Macht des Kabinetts eine Gefahr für die demokratische Verfassung des Landes» sei. Er bestritt nicht, daß eine Verstärkung der der Regierung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unumgänglich sei, wenn sich das Land in einem Kampf auf Leben und Tod befinde, aber, meinte er, «ein solches System ist eine Gefahr für jene Freiheiten, für die wir durch unsere ganze Geschichte gekämpft haben und die durch unsere verfassungsmäßige Demokratie, unsere stärkste Sicherung gegen Revolution und Tyrannei, geschützt sind».

Die Antwort, die der Sprecher der Arbeiterregierung, Lord *Addison*, dem Antragsteller erteilte, trifft unserer Meinung nach den Nagel auf den Kopf. Wir wollen hier nur einige Sätze aus Addisons Rede wiedergeben:

«... Die wachsende Macht des Staates über gewisse Freiheiten des Einzelwesens ist eine unausweichliche Begleiterscheinung der Entwicklung der industrialisierten Gesellschaft, in der wir leben. Es ist nicht so lange her, daß es mächtige industrielle Kartelle gegeben hat, die weder dem Händler noch dem ihren Interessen nicht dienenden Individuum gegenüber Mitleid zeigten. Die heutige Macht des Staates unterliegt aber höchst eingehender Kritik und tagtäglicher Kontrolle...

Zeichnen wir doch nicht das Bild einer Welt, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt! Eine tyrannische, vom Parlament unabhängige und auf dieses keine Rücksicht nehmende Exekutive existiert nicht... Es mag sein, daß die Regierung durch manche ihrer Verfügungen gewisse Freiheiten eines Einzelwesens einschränkt, aber sie tut es vielleicht, um die anderer zu sichern. Das ist keine Folge irgendeines Anwachsens der Macht des Kabinetts. Es ist das logische Ergebnis des Grades unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung...

Offen gesagt, kenne ich keine schwieriger zu behandelnde Körperschaft als ein Kabinett. Das sind schrecklich komplizierte Leute! Es ist gar nicht leicht, Vorschläge durch eine Regierung durchzubringen. Eine ganze Zahl sehr kritischer Menschen sitzt da am Beratungstisch. Es ist schon wahr, daß für eine getroffene Entscheidung dann die ganze Regierung solidarisch einsteht, aber solche Entscheidungen wurden in den meisten Fällen nur nach äußerst gründlichen Erwägungen, oft im Schoße von Unterausschüssen, erzielt. Das sind keine Entscheidungen, die man willkürlich auf den Bürger losläßt. Ich möchte sagen — und ich habe Gelegenheit gehabt, viele Kabinette zu beobachten —, daß diese früher niemals so fein auf die öffentliche Meinung reagiert haben wie die heutigen... Würden Minister dazu neigen, unfaire, tyrannische oder unvernünftige Dinge zu tun, wären sie sehr bald in den größten Schwierigkeiten. Ich sehe in der wachsenden Macht der Regierung keine Gefahr, denn diese hat die Aufgabe, sehr intensiv über die Einhaltung der Freiheiten der Bürger bei den einzelnen administrativen Regelungen zu wachen...»

Einige Tage vorher hat Präsident Truman in einer Rede ähnliche Bedenken wie die Lord Cecils mit den Worten in den Wind geschlagen:

«Die Macht der Regierung ist dazu da, damit das Volk von ihr Gebrauch macht. Es wäre sehr unvernünftig, wenn das Volk sich davor fürchten sollte, seine kollektive Stärke im Wege der Regierungstätigkeit in die Waagschale zu werfen.»

An der Antwort, die Lord Addison namens der Labourregierung erteilt hat, ist die Person des Sprechers nicht weniger bemerkenswert als der Inhalt seiner Rede. Addison ist ein 81jähriger Arzt mit einer ungewöhnlichen geistigen Spannkraft, die der Labourbewegung in der Auseinandersetzung mit dem wirklichen oder vermeintlichen Adel des Geistes sehr zustatten kommt, und er ist ein *früherer liberaler Abgeordneter*, den gerade sein konsequenter Liberalismus vor einigen Jahrzehnten den Anschluß an die sozialistische Bewegung finden ließ. J. W. B.

Kleine Ausland-Nachrichten

Familienzulagen in Frankreich

Kinderzulagen wurden in Frankreich erstmals im Jahre 1936 eingeführt. Die anfänglich unbedeutenden Ansätze wurden nach und nach beträchtlich erhöht. Der Monatslohn eines französischen Arbeiters beträgt zur Zeit 12 000 bis 25 000 Francs. Die monatlichen Kinderzulagen sind wie folgt abgestuft:

Zahl der Kinder	1	2	3	4	5
Zulage in Francs	2200	7300	13 000	22 000	31 000

Für das sechste und jedes weitere Kind steigt die Zulage um je 8000 Francs. Die Kinderzulagen werden aus einer Kasse aufgebracht, welche ausschließlich durch die Unternehmer gespeist wird; sie zahlen 16 Prozent der gesamten Lohnsumme ihres Betriebes ein. Unter Berufung auf diese Verpflichtung widersetzen sich die Unternehmer jeder allgemeinen Lohnerhöhung, die von den Arbeitern verlangt wird. Zum Teil werden die Kinderzulagen auf die Konsumenten der produzierten Waren abgewälzt, zum Teil aber auf die kinderlosen Arbeiter, deren Löhne unbestreitbar zu niedrig sind. Die Zahl der Geburten (auf je 1000 Einwohner) steigt in Frankreich an; sie bezifferte sich 1938 auf 14,6 und im Jahre 1948 auf 20,8. Die Zunahme der Kinderzahl ist in den ärmsten Bevölkerungsschichten besonders groß. *(Socialist Commentary, April 1950.)*

Gehälter der Parlamentarier

Nicht überall erhalten die Abgeordneten nur Diäten für die Sessionstage, an denen sie sich in die Anwesenheitsliste eingetragen haben. Die britischen MP zum Beispiel sind im Genuß von 1000 Pfund Jahresgehalt und freier Reise zwischen London und ihrem Wohnort bzw. Wahlbezirk. Doch sind längst nicht alle damit zufrieden. In einer englischen Wochenzeitung wehrt sich ein Mitglied des Unterhauses gegen die nicht seltenen Vorwürfe zu hoher Bezüge. Selbst bei sehr bescheidenem Leben lasse sich mit den tausend Pfund kaum auskommen. Von diesem Betrage gehen die obligatorischen Leistungen für Einkommensteuer, Gesundheitsversicherung und Pensionsfonds ab und sind vor allem die geschäftlichen Ausgaben zu bestreiten, wie das Gehalt der Privatsekretärin von mindestens 7 Pfund wöchentlich; Porti, Telephongebühren usw. machen oft 2 bis 3 Pfund pro Woche aus (die Abgeordneten genießen mithin keine schweizerische Portofreiheit). Wähler, die ihren Abgeordneten in Westminster besuchen, muß er